

Fraktionsbericht

Blauzungenkrankheit

Die Fraktion beurteilt die Thematik unterschiedlich und hat deshalb keine Empfehlung abgegeben. Diskutiert wurde u.a., dass die Forderung des Postulates, den Impfzwang gegen die Blauzungenkrankheit im Jahr 2009 sofort aufzuheben, alleine schon aus terminlichen Gründen nicht umgesetzt werden kann.

Änderung des Gesetzes über den Entschädigungsfonds für Tierverluste

Es sind keine Anträge auf die 2. Lesung eingegangen. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (und Kantonsratsbeschluss zur Erprobung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget)

Zukünftig soll der Kantonsrat die Leistungsaufträge genehmigen. Da es sich bei dieser Kompetenzverschiebung um eine Verfassungsänderung handelt, braucht es eine Volksabstimmung. Die Pilotdauer für die *Erprobung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget* soll deshalb um ein weiteres Jahr bis 2011 verlängert werden.

Die Fraktion steht dieser Kompetenzverschiebung skeptisch gegenüber, da der KR damit direkt in die operative Arbeit der einzelnen Amtsstellen eingreift. Die Beurteilung der Leistungsaufträge ist eine regierungsrätliche Kernaufgabe. Sollte zukünftig der KR die Leistungsaufträge genehmigen, wird dies zu endlosen Debatten im Rat führen.

Die Fraktion stimmt der beantragten Verlängerung zu, lehnt aber die Kompetenzverschiebung entschieden ab.

Abbau Steine und Erden

Die Fraktion wird Antrag auf Nichteintreten stellen. Die Vorlage zeigt deutlich, dass bis ins Jahr 2025 genügend Reserven für den Kiesabbau vorhanden sind. Eine Ausweitung der Abbaugebiete drängt ist nicht zwingend auf. Arrondierungen, stimmt die Fraktion zu.

Die Fraktion schlägt vor, das Geschäft in 5 Jahren wieder zu traktandieren.

Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der nebenamtlichen Behördenmitglieder

Die Fraktion unterstützt das Anliegen dieser Vorlage.

Fraktionsbericht

Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat)

Das HarmoS-Konkordat führt zu einer Beruhigung im Bereich der obligatorischen Schule. Die Grundlage bildet der vom Volk mit grossem Mehr angenommene Bildungsartikel. Er steht für Qualitätssicherung und Entwicklung, verbessert die Durchlässigkeit im System und hilft Mobilitätshindernisse abzubauen. Damit werden wichtige Eckwerte im Bildungssystem national einheitlich geregelt ohne das Schulwesen zu zentralisieren. Die Verantwortung und die Organisation liegen weiterhin bei den Kantonen und ihren Gemeinden.

Die Fraktion steht hinter den Anliegen dieser Vorlage. Das Mitmachen ermöglicht es dem Kanton zudem, die sechsjährige Übergangsfrist voll auszunützen, um die wenigen Anpassungen, die im Kanton nötig sind, Schritt für Schritt einzuführen.

Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für archäologische Rettungsgrabung „Cham-Alpenblick II“

Die Grabungen sollen zügig durchgeführt werden können, mit einem optimalen Einsatz der Ressourcen. Mit der Aufteilung des Betrages in zwei Tranchen wird diese Forderung nicht erfüllt. Die Fraktion ist auch gegen den Zusetzvermerk „**maximal**“ beim Betrag von 4,27 Mio Franken, wie es die vorberatende Kommission und die Stawiko verlangen.

Die SP Fraktion lehnt deshalb die Aufteilung des Betrages in zwei Tranchen und die Ergänzung in §1 ab.

Ein Fraktionsmitglied schlägt vor, in der neuen Tiefgarage ein Kulturfenster einzurichten, das dem Benutzer einen kleinen Einblick in die prähistorische Umgebung ermöglicht.

Motion und Postulat der FDP Fraktion betreffend der Förderung nachhaltig produzierter Biotreibstoffe aus organischen Abfällen

Die Sp Fraktion unterstützt diese Anliegen vollumfänglich und bedauert es, dass der Regierungsrat nicht bereit ist, diese Motion umzusetzen. Besonders beim zweiten Anliegen, dem Bericht über die Möglichkeiten zur Förderung des Einsatzes nachhaltig produzierter Biotreibstoffe im Kanton, hätte er den Tatbeweis für sein gerne postuliertes Umweltbewusstsein erbringen können.

Interpellation betreffend Schütteltrauma bei Babys

Die SP ist ebenfalls der Meinung, dass es wirkungsvolle Präventionsarbeit mit breit abgestützten Informationskampagnen braucht. Sie macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die von ihr geforderten Fachstelle für Gesellschaftsfragen prädestiniert wäre, solche Kampagnen zu lancieren und durchzuführen.

B.Egler